

<p>PROFEX SZAKNYELVI VIZSGA</p> <p>C1 (felsőfok) – német nyelv Írásban teljesítendő Beszédértés</p>		<p>vizsgázó sorszáma:</p> <p style="text-align: center;"> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> </p> <p>dátum: MINTATESZT</p>
---	---	---

Oldja meg a két feladatlapot a hallott szöveg alapján! Elérhető pontszám: 20 pont
Figyelem! A vizsga akkor lehet sikeres, ha a vizsgázó részegységenként legalább 40%-ot teljesít.
Végső megoldásként csak a tintával írt változatot fogadjuk el.
Kérjük, hogy jól gondolja meg a választát, mivel bármilyen válaszmódosítás esetén válasza érvénytelen.

MEGOLDÓKULCS

I. szöveg

Dramatischer Eingriff in die Grundrechte: Russland verbietet Homosexualität in der Öffentlichkeit

Auch die zweite Kammer des russischen Parlaments hat nun einen Gesetzesentwurf beschlossen, der zu einer noch weiter gehenden Stigmatisierung von Homosexuellen in Russland beitragen wird. In der Zukunft wird nicht nur Homosexualität in der Öffentlichkeit, sondern auch jede Form von öffentlicher Information oder Propaganda von homosexuellen Inhalten bestraft werden können. Menschenrechtsgruppen auf der ganzen Welt sind entsetzt.

Das russische Parlament verabschiedete fast einstimmig das Gesetz, in der zweiten Kammer entschied sich nur ein einziger Abgeordneter für eine Enthaltung und gab dementsprechend keine Stimme ab. Die Abgeordneten handelten mehr oder weniger so, wie man es von ihnen erwartete. Denn in Russland unterstützt die große Mehrheit der Bevölkerung das Gesetz. So gehen viele Bürger von der – nachweislich falschen – Annahme aus, dass die öffentliche Auseinandersetzung mit Homosexualität Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung schaden könne.

Das Gesetz soll damit Schluss machen. In der Zukunft soll es hohe Geldstrafen für das öffentliche Reden über Homosexualität in der Anwesenheit von Minderjährigen geben. Bei Verstößen werden Strafen zwischen umgerechnet 100 und 11.700 Euro fällig. Außerdem müssen Medien, die über Homosexualität berichten, damit rechnen, bis zu drei Monate lang geschlossen zu werden. Ausländern droht sogar Abschiebung und Arrest.

Mit einem Gesetz wie diesem ruft der Staat seine eigene Gesellschaft zur Intoleranz auf. Er kriminalisiert nicht nur seine eigenen homosexuellen Bürger, sondern zeigt auch noch dem Rest der Gesellschaft, dass es normal sei, Homosexuelle wegen ihrer Homosexualität zu bestrafen. Es ist deswegen wenig überraschend, dass seit dem Inkrafttreten des Gesetzes die Zahl der Angriffe auf offen lebende Homosexuelle deutlich gestiegen ist.

Die Gegner des Gesetzes wenden sich nun an das russische Verfassungsgericht sowie an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Letztendlich wird man dort klären müssen, ob man ein Verbot, sich öffentlich zu seiner Sexualität zu bekennen, in einer modernen Gesellschaft rechtfertigen kann. Die russische Regierung macht regelmäßig deutlich, dass sie vom westlichen Liberalismus nicht sehr viel hält und mehr auf die traditionellen russischen Werte setzt.

Zugleich ist Russland aber Mitglied des Europarats und damit auch an die Europäische Menschenrechtskonvention gebunden. Ein schwerer Eingriff in die Menschenrechte, die dort verankert sind, liegt auf der Hand. Denn bei dem Verbot, über seine eigene Sexualität zu sprechen, sind zwangsläufig die allgemeine Handlungsfreiheit und die Meinungsfreiheit betroffen. In Betracht kommen daneben aber auch das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und der Schutz der Familie. Und schließlich sind auch der allgemeine Gleichheitsgrundsatz und das Diskriminierungsverbot von dem Gesetz betroffen.

Mit Hoffnung schauen die Gegner des Gesetzes vor allem nach Straßburg, denn die ersten russischen Gerichte haben bereits gezeigt, dass sie gegen das Gesetz nichts einzuwenden haben. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat hingegen in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, was er von diskriminierenden Regelungen in Russland hält. Nämlich nichts.

(Karakterek száma: 3033 karakter)

Forrás: Ass. Iur. Philipp Schneider, DAAD-szaklektor, PTE ÁJK 2014. 09. 06.

<p>PROFEX SZAKNYELVI VIZSGA</p> <p>C1 (felsőfok) – német nyelv Írásban teljesítendő Beszédértés</p>		<p>vizsgázó sorszáma:</p> <p style="text-align: center;">□ □ □ □</p> <p>dátum: MINTATESZT</p>
---	---	---

Oldja meg a két feladatlapot a hallott szöveg alapján! Elérhető pontszám: 20 pont
Figyelem! A vizsga akkor lehet sikeres, ha a vizsgázó részegységenként legalább 40%-ot teljesít.
Végső megoldásként csak a tintával írt változatot fogadjuk el.
Kérjük, hogy jól gondolja meg a választát, mivel bármilyen válaszmódosítás esetén válasza érvénytelen.

MEGOLDÓKULCS

I. szöveg - feladatlap

I. A hallott szöveg alapján egészítse ki az alábbi mondatokat németül 1 – 1 szóval! Elérhető pontszám: 6 pont

1. Die russische Föderation verbietet Homosexualität in der **(1) Öffentlichkeit**.
2. Das russische Parlament hat einen **(2) Gesetzesentwurf/Gesetzentwurf/Gesetz** verabschiedet.
3. Das Gesetz hat **(3) Menschenrechtsgruppen** weltweit entsetzt.
4. Bei der Abstimmung über das Gesetz gab es nur eine einzige **(4) Enthaltung**.
5. Die Unterstützer des Gesetzes befürchten, dass öffentlich gezeigte Homosexualität Kinder und Jugendliche in ihrer **(5) Entwicklung** beeinflussen könnte.
6. Ausländer müssen sogar mit einer **(6) Abschiebung** oder mit Arrest rechnen.

II. A hallott szöveg alapján karikázza be az egyetlen helyes állítás betűjelét! Elérhető pontszám: 4 pont

1. **a) Das neue Gesetz motiviert die Bürger zu homophoben Straftaten.**
b) Homosexuelle begehen seit dem Gesetz mehr Straftaten.
c) Homosexuelle begehen seit dem Gesetz weniger Straftaten.
d) Der Staat will mit dem Gesetz mehr Toleranz erreichen.
2. a) Die Gegner der Gesetzes wollen in einer modernen Gesellschaft leben.
b) Das Verfassungsgericht in Straßburg wird das Gesetz prüfen.
c) Am Ende wird wohl der Europäische Menschenrechtshof entscheiden müssen.
d) Das Gesetz kann nur noch vom Verfassungsgericht geprüft werden.
3. a) Das Gesetz verletzt das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.
b) Das Gesetz soll Kinder und Familien schützen.
c) Das Gesetz verletzt den Schutz der (homosexuellen) Familie.
d) Das Gesetz wirkt wie ein Diskriminierungsverbot.
4. a) Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) darf ohne Russland nicht über die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) entscheiden.
b) Der EGMR hat schon in vielen anderen Fällen gegen Russland entschieden.
c) Der EGMR wird gemeinsam mit Russland die EMRK prüfen.
d) Der EGMR wird prüfen, ob die EMRK gegen das russische Gesetz verstößt.

<p>PROFEX SZAKNYELVI VIZSGA</p> <p>C1 (felsőfok) – német nyelv Írásban teljesítendő Beszédértés</p>		<p>vizsgáló sorszáma:</p> <p style="text-align: center;">□ □ □ □</p> <p>dátum: MINTATESZT</p>
---	---	---

Oldja meg a két feladatlapot a hallott szöveg alapján! Elérhető pontszám: 20 pont
Figyelem! A vizsga akkor lehet sikeres, ha a vizsgáló részegységenként legalább 40%-ot teljesít.
Végső megoldásként csak a tintával írt változatot fogadjuk el.
Kérjük, hogy jól gondolja meg a választát, mivel bármilyen válaszmódosítás esetén válasza érvénytelen.

MEGOLDÓKULCS

2. szöveg

Schärfere Strafen für Täter, die aus Hass gegen ganze Gesellschaftsgruppen handeln. Gegenüber Extremisten muss der Staat eine klare Sprache sprechen, sagt der Landesjustizminister Thomas Kusch in unserem Zeitungsinterview.

Herr Kusch, Ihr Berliner Amtskollege Heiko Maas redet seit Monaten über mehr Rechte im Mieterschutz. Gibt es keine wichtigeren Themen im Land?

Kusch: Das verstehe ich auch nicht ganz. Seit einigen Wochen laufen im Westen Deutschlands selbsternannte Scharia-Polizisten herum und belästigen unsere Mitbürger. Wir haben noch keine politische Lösung für dieses Problem gefunden, aber mein Kollege in Berlin redet die ganze Zeit nur über Mietrecht und Arbeitsrecht...

Die Scharia ist das religiöse Gesetz des Islam. Bei den Scharia-Polizisten handelt es sich um ultrakonservative Salafisten, die in einigen Städten Deutschlands islamische Bürger auf der Straße, vor allem vor Gaststätten und Spielkasinos, ansprechen und deutlich auffordern, keinen Alkohol zu trinken und keine Glücksspiele zu spielen. Ist das in einer Demokratie nicht legitim?

Kusch: Nein, das ist es nicht. Im Gegenteil: Gerade hier ist es nötig, klare Grenzen aufzuzeigen. Es geht nicht, wenn solche Menschen meinen, sie könnten sich selbst zum Richter oder zum Polizisten ernennen.

Uns erinnern solche Aktionen eher an politische Demonstrationen. Was ist denn mit der Meinungsfreiheit? Oder der Religionsfreiheit? Solange die selbsternannten Polizisten die islamischen Bürger nur ansprechen...?

Kusch: Ich habe die Staatsanwaltschaften angewiesen, Verfahren wegen Amtsanmaßung und wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz einzuleiten. Ich meine, wenn die Scharia-Polizisten überzeugt sind, nur eine politische Diskussion zu führen, dann müssen sie – wie jeder andere auch – dies als Demonstration anmelden.

Ist das nicht etwas übertrieben?

Kusch: Das Gewaltmonopol liegt ganz klar beim Staat. Es wird von den entsprechenden Strafverfolgungsbehörden ausgeübt. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, dass sie von neutralen, auf den Staat verpflichteten Beamten angesprochen und bestraft werden, wenn sie etwas Falsches getan haben. Niemand darf sich einfach so in die Rolle des Staates hineinschleichen. Das müssen wir von Anfang an deutlich machen.

Wie groß ist die Gefahr, dass dieses Beispiel Schule macht?

Kusch: Jeder, der Selbstjustiz übt, wird strafrechtlich verfolgt. Deswegen müssen die Behörden erfahren, wenn so etwas geschieht. Ich kann nur jedem in unserer Gesellschaft empfehlen, wachsam zu sein und solche Fälle auch zu melden. Es geht um Zivilcourage. Denn eines zeigen die Fälle der Scharia-Polizei: Wenn wir uns das Verhalten nicht gefallen lassen, dann wird es auch irgendwann aufhören!

Es bleibt aber der Eindruck, dass Maßnahmen von Polizei und Justiz die Salafisten nicht wirklich abschrecken. Fehlen entsprechende strafrechtliche Sanktionen?

Kusch: Nicht jedes unerwünschte Verhalten ist auch strafrechtlich relevant. Wir können nicht alles verbieten, was wir nicht wollen. Wo es aber strafbar wird, muss der Staat auch durchgreifen.

<p>PROFEX SZAKNYELVI VIZSGA</p> <p>C1 (felsőfok) – német nyelv Írásban teljesítendő Beszédértés</p>		<p>vizsgáló sorszáma:</p> <p style="text-align: center;"> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> </p> <p>dátum: MINTATESZT</p>
---	---	---

Oldja meg a két feladatlapot a hallott szöveg alapján! Elérhető pontszám: 20 pont
Figyelem! A vizsga akkor lehet sikeres, ha a vizsgáló részegységenként legalább 40%-ot teljesít.
Végső megoldásként csak a tintával írt változatot fogadjuk el.
Kérjük, hogy jól gondolja meg a választát, mivel bármilyen válaszmódosítás esetén válasza érvénytelen.

Auch im rechtsextremen Spektrum sammeln sich gewaltbereite junge Menschen. Wirken scharfe Strafen auf diese Gruppen überhaupt abschreckend?

Kusch: Ich glaube schon und vermute, dass vielen jungen Menschen nicht bewusst ist, was sie tun. Ich halte es vor allem aber für einen Skandal in Deutschland, dass wir auch jüdische Einrichtungen wieder polizeilich bewachen müssen. Dass wir in einer Atmosphäre von Angst leben müssen, und das fast 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Der Staat muss da die Grenzen aufzeigen.

Braucht es schärfere Strafen, um hassmotivierte Gewalt zu bekämpfen?

Kusch: Ja. Und ich bin froh, dass der Bundesjustizminister jetzt endlich Initiative zeigt und ein neues Gesetz vorbereitet. Bei der Hass-Kriminalität werden die betroffenen Opfer nicht als Einzelperson, sondern als Angehörige einer gesellschaftlichen Gruppe Opfer von Angriffen. Zum Beispiel, weil sie einen jüdischen Glauben haben, homosexuell sind oder eine bestimmte Hautfarbe haben. Das hat eine andere Dimension. Damit werden alle Angehörigen dieser Gruppe in Angst und Schrecken versetzt. Deshalb muss diese Motivation eine stärkere Berücksichtigung finden. Und: ja, das heißt auch höhere Strafen.

Herr Kusch, wir danken Ihnen für das Gespräch.

(Szószám: 610 szó)

Forrás: Frei nach den Westfälischen Nachrichten vom 10.09.2014: „Wohnraum muss bezahlbar bleiben“.
Unter: <http://www.wn.de/NRW/1717031-Interview-mit-NRW-Justizminister-Thomas-Kutschaty-Wohnen-muss-bezahlbar-bleiben>

<p>PROFEX SZAKNYELVI VIZSGA</p> <p>C1 (felsőfok) – német nyelv Írásban teljesítendő Beszédértés</p>		<p>vizsgáló sorszáma:</p> <p style="text-align: center;">□ □ □ □</p> <p>dátum: MINTATESZT</p>
---	---	---

Oldja meg a két feladatlapot a hallott szöveg alapján! Elérhető pontszám: 20 pont
Figyelem! A vizsga akkor lehet sikeres, ha a vizsgáló részegységenként legalább 40%-ot teljesít.
Végső megoldásként csak a tintával írt változatot fogadjuk el.
Kérjük, hogy jól gondolja meg a választát, mivel bármilyen válaszmódosítás esetén válasza érvénytelen.

MEGOLDÓKULCS

2. szöveg – feladatlap

*I. A hallott szöveg alapján egészítse ki németül az alábbi mondatokat helyenként 1-1 szóval.
Az elsőt példaként megoldottuk. Elérhető pontszám: 6 pont*

0. Der Berliner Kollege von Herrn Kusch redet immer nur von (0) **Mieterschutz.**
1. Herr Kusch will nicht, dass sich Islamisten selbst zu Richtern (1) **ernennen/nennen.**
2. Die Meinungs- und die (2) **Religionsfreiheit** könnten die Aktionen rechtfertigen.
3. Die Aktionen könnten gegen das (3) **Versammlungsgesetz** verstoßen.
4. Das Gewaltmonopol wird von den (4) **Strafverfolgungsbehörden/Strafverfolgungsämtern** ausgeübt.
5. (5) **Selbstjustiz/Kriminalität** wird strafrechtlich verfolgt.
6. Die Maßnahmen der Polizei sollten eigentlich die Salafisten (6) **abschrecken.**

II. A hallott szöveg alapján egészítse ki az alábbi hiányos szöveget németül helyenként 1-1 szóval. Elérhető pontszám: 4 pont

Nicht jedes von der Gesellschaft verurteilte Verhalten ist auch (1) **strafrechtlich** von Bedeutung. Vielen Menschen ist nicht einmal richtig (2) **bewusst**, was sie gerade tun. Der Staat muss klare (3) **Grenzen** aufzeigen. Mann sollte bei den Strafen auch die (4) **Motivation/Gründe** der Täter mehr berücksichtigen.